

Krupp, Hans-Jürgen; Scherf, Harald; Watrin, Christian

Article — Digitized Version

Wie zeitgemäß ist Keynes heute noch?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Krupp, Hans-Jürgen; Scherf, Harald; Watrin, Christian (1996) : Wie zeitgemäß ist Keynes heute noch?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 76, Iss. 5, pp. 223-232

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137351>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wie zeitgemäß ist Keynes heute noch?

Vor 50 Jahren starb John Maynard Keynes, dessen Werk nicht nur die wissenschaftliche Debatte, sondern auch die Wirtschaftspolitik entscheidend beeinflusst hat.

Seit Ende der siebziger Jahre wird die Brauchbarkeit keynesianischer wirtschaftspolitischer Konzepte allerdings von Wissenschaft und Praxis in Zweifel gezogen.

Können keynesianische Ansätze zur Lösung der derzeit drängenden wirtschaftspolitischen Probleme herangezogen werden? Dieses analysieren Prof. Hans-Jürgen Krupp, Prof. Harald Scherf und Prof. Christian Watrin.

Hans-Jürgen Krupp

Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung – aktueller denn je

Will man heute das Werk von John Maynard Keynes würdigen, muß man wohl zwischen seinem Werk und dem unterscheiden, was man landläufig in der wirtschaftspolitischen Diskussion als Keynesianismus zu bezeichnen gewohnt ist. John Maynard Keynes war ein vielseitiger Wissenschaftler, dessen Werk weit über die keynesianische Wirtschaftspolitik hinausreichte. Seine „Allgemeine Theorie“ mag nicht allgemein gewesen sein. Sie hat aber die gesamtwirtschaftliche Dimension wieder in den Mittelpunkt des ökonomischen Denkens gestellt. Und seine zentralen Fragen sind bis heute Gegenstand makroökonomischer Kontroversen: Kann die Wirtschaft im Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung verharren? Sorgen Marktprozesse dafür, daß Unterauslastungen der Produktionsfaktoren vorübergehende Erscheinungen sind? Oder muß man damit rechnen, daß sie ohne Wirtschaftspolitik dauerhaft sind? Fragen dieser Art sind bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit aktueller denn je. Und insofern gibt Key-

nes eine Antwort, die auch noch heute gültig ist und die heute von der Neuen Keynesianischen Ökonomie wieder aufgenommen wird: Andauernde Unterbeschäftigung ist in einer Welt, in der sich Preise nicht verzögerungslos anpassen und für allzeit geräumte Märkte sorgen, eine leider allzu realitätsnahe Option.

Keynesianismus als wirtschaftspolitisches Konzept

Dies ist auch noch heute eine Herausforderung für die Wirtschaftspolitik. Schon früh hat diese wirtschaftspolitische Dimension dazu geführt, daß viele den Keynesianismus auf einen wirtschaftspolitischen Werkzeugkasten von eher einfacher Art verengt haben. Es war ja auch eine beachtliche Leistung, aus der Vielfältigkeit keynesscher Gedankengänge den wirtschaftspolitischen Keynesianismus gemacht zu haben. Dieses – zum Teil sicher auch zweifelhaft – Verdienst kommt in erster Linie Alvin Hansen und John Hicks zu. Für Jahrzehnte hat die so entstandene Konzeption unser wirt-

schaftspolitisches Denken beherrscht, bis es von einer Anzahl andersartiger Ansätze abgelöst wurde, bei denen insbesondere der Monetarismus und die Theorie rationaler Erwartungen eine Rolle spielten.

Der Keynesianismus Hicks-Hansenscher Prägung gilt als gescheitert. Seine Grundregeln werden heute gründlich mißachtet, wie die aktuelle deutsche Finanzpolitik zeigt. Konjunkturbedingte Mindereinnahmen sollen im vollen Umfang durch Ausgabenkürzungen kompensiert werden, ein klarer Verstoß gegen die einfachsten Regeln des keynesianischen Werkzeugkastens, übrigens auch gegen die Empfehlungen des Sachverständigenrats und der Gemeinschaftsdiagnose der Institute.

Dieser Beitrag soll sich nicht mit der Keynesschen Theorie, sondern mit dem wirtschaftspolitischen Konzept des Keynesianismus und seiner Brauchbarkeit in einer veränderten Welt auseinandersetzen. Dabei wird der finanzpolitische Aspekt als zentrales Ele-

ment im Vordergrund stehen, also die Vorstellung, daß der Staat mit seinem Handeln Nachfrageschwankungen der Privaten ausgleichen solle.

Die empirische Evidenz spricht nicht für die Mißachtung keynesianischer Grundzusammenhänge. Die Entwicklungen nach 1983 haben gezeigt, daß eine prozyklische Politik eine Abschwächung der Konjunktur zur Folge hat, die Jahre nach 1983 sind durch eine ausgesprochene „Wellblechkonjunktur“ gekennzeichnet. Im Jahre 1987 haben klassische keynesianische Instrumente eine sich anbahnende Abschwächung gestoppt. Und der Einheitsboom nach 1990 ist noch einmal ein Beleg dafür, daß kräftige finanzpolitische Impulse auch kräftige Wachstums- und Beschäftigungssteigerungen zur Folge haben. Und letztlich lassen sich auch die Effekte der Finanzpolitik Ronald Reagans klassisch keynesianisch interpretieren. Genauso richtig ist aber, daß es Perioden gegeben hat, zum Beispiel in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, in denen mit „hohem Volumen“ keynesianische Politik ohne signifikanten Erfolg betrieben worden ist.

Die Überforderung von Politik

Woran liegt das? Der Keynesianismus entstand in einer Zeit, in der noch keine Zweifel an der Gestaltbarkeit der Welt bestanden. Der politische Prozeß wurde kaum analysiert. Es genügte zu wissen, wie ein bestimmtes Problem zu lösen war, und die als richtig erkannte Lösung zu verwirklichen. Die Frage, ob eine als richtig erkannte Maßnahme auch politisch durchsetzbar sein würde, spielte keine wesentliche Rolle. Die Regierung versorgte sich mit entsprechenden Ratgebern – der amerikanische Council of Economic Advisers und

der deutsche Sachverständigenrat verdanken dieser Überzeugung ihre Existenz.

Das eigentliche Problem des so geprägten Keynesianismus bestand darin, daß die ökonomischen Zusammenhänge zwar richtig gesehen wurden, daß die Anwendung dieser Grundeinsichten im politischen Prozeß aber schwierig war. Man kann dies an vielen Beispielen verdeutlichen.

So gab es eine keynesianisch geprägte Regelung über die Rentenanpassung in der deutschen Rentengesetzgebung. Die Renten sollten mit einer Verzögerung von drei Jahren den Einkommen folgen. Bei einem Konjunkturzyklus von vier bis fünf Jahren würde sich damit eine antizyklische Entwicklung ergeben. Im Konjunkturaufschwung würde der Rentenanstieg von dem langsamen Anstieg der Einkommen in der Rezession geprägt sein und dämpfend wirken. In der Rezession würden die Renten sich am kräftigeren Einkommensanstieg im Boom orien-

tieren und so zur Konjunkturstützung beitragen. Insgesamt ergab sich auf diese Weise ein automatischer Stabilisator.

Die politischen und sozialen Konsequenzen dieser Regelung waren schwer auszuhalten. Ausgerechnet dann, wenn es der Wirtschaft gut ging, wenn also die Einkommen in der Wirtschaft schnell stiegen, blieben die Renten deutlich dahinter zurück. Und in der Rezession, wo die politische Diskussion durch „Gürtel enger schnallen“, und „Sparen“ geprägt war, leisteten die Rentner keinen Sparbeitrag, sondern wurden mit einer schnelleren Steigerung ihrer Renten belohnt. Deswegen wurde immer wieder in diesen Prozeß eingegriffen, bis man ihn schließlich aufgab. Die Verzögerung wurde auf das technisch notwendige Mindestmaß von einem Jahr reduziert.

Eine genauere Analyse keynesianischer Haushaltspolitik zeigt, daß das Grundkonzept immer nur sehr unvollkommen durchgesetzt wurde. So gelang es selten, Zeiten des Aufschwungs zu nutzen, um sich durch Entschuldung Spielraum für die nächste Rezession zu schaffen. Damit wurden aber einer späteren keynesianisch orientierten Rezessionsbekämpfung die Grundlagen entzogen. Auch in der Rezession hielt sich das „deficit spending“ in Grenzen. Große Programme wurden häufig durch Kürzungen in den Kernhaushalten kompensiert. Da aber die Implementationsdauer der Programme häufiger länger war als die für die Ausgabe regulärer Ausgaben benötigte Zeit, ergab sich de facto ein eher prozyklischer Effekt. Die Ausgabenkürzungen wirkten sofort, die Programme erst später, zum Teil erst, wenn die Wirtschaft sich schon wieder in der Aufwärtsentwicklung befand.

Die Autoren
unseres
Zeitgesprächs:

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, 62, ist Präsident der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein.

Prof. Dr. Harald Scherf, 62, leitet das Institut für Statistik und Ökonometrie an der Universität Hamburg.

Prof. Dr. Christian Watrin, 65, ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft.

Ein Ergebnis war eine Zunahme der Staatsverschuldung, welche einerseits die für den keynesianischen Grundansatz notwendige finanzpolitische Handlungsfähigkeit weitgehend einschränkte, andererseits aber keynesianisch legitimiert wurde.

Alte Probleme und neue Entwicklungen

Ein besonderes Problem lag schließlich in einer mechanistischen Überbetonung der Kreislaufzusammenhänge, die häufig zur Vernachlässigung der Verhaltensrelationen führte. Nichts hätte Keynes ferner gelegen. Bei der Gestaltung konkreter Maßnahmen blieben mögliche Reaktionen der Wirtschaftssubjekte häufig unberücksichtigt. Die Tatsache, daß eine mit Sicherheit erwartete Investitionszulage zunächst zur Investitionszurückhaltung und später zu Mitnahmeeffekten führt, wurde immer wieder übersehen. Die Wirtschaftssubjekte selbst lernten jedoch, mit einer keynesianisch gestalteten Wirtschaftspolitik umzugehen und ihr damit teilweise ihre Wirkung zu nehmen.

Fortschritte bei der Integration der Weltwirtschaft führten zu neuen Problemen und minderten zugleich die Wirksamkeit nationaler Konjunkturpolitik. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre bildeten sich strukturelle Probleme heraus, die nicht konjunkturell verursacht und deswegen auch nicht konjunkturpolitisch bekämpft werden konnten. Die beiden Ölkrisen, aber auch der durch Intensivierung des internationalen Handels und die technologische Entwicklung erforderliche Strukturwandel sind hierfür Beispiele. Nachfrageimpulse eines einzelnen Landes kamen auch den Nachbarn zugute, was Frankreich schmerzlich erfahren mußte.

Am Ende all dieser Entwicklungen war die wirtschaftspolitische Lage unbefriedigend. Zu viele Probleme blieben ungelöst. Das Vertrauen in die Lösungskapazität des keynesianischen Ansatzes nahm ab. Es ist müßig, heute darüber zu diskutieren, ob dies primär am Ansatz oder an seiner falschen Anwendung lag.

Das Vordringen alternativer Ansätze

Alternative Ansätze standen bereit, die später eher unzutreffend als Angebotspolitik zusammengefaßt wurden. Der monetaristische Grundansatz Milton Friedmans basierte auf der seit langem in der Ökonomie gepflegten Quantitätstheorie des Geldes. Und wenn man bereit war, von den Schwankungen der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes abzusehen, schien die wirtschaftspolitische Verwendbarkeit gegeben. Immerhin gab es hier noch kurzfristige Wirkungen der Nachfragepolitik. In der Folge der Theorie rationaler Erwartungen setzte sich in Teilen der wirtschaftspolitischen Diskussion die Meinung durch, Nachfragepolitik habe gar keinen Einfluß auf Produktion und Beschäftigung.

Die Rolle der Wirtschaftspolitik war grundlegend verändert. Auf den Glauben an die Allmacht staatlicher Wirtschaftspolitik folgte der Glauben an ihre Ohnmacht. Der Staat solle sich am besten aus der Steuerung des Wirtschaftsprozesses heraushalten, da staatliche Maßnahmen bestenfalls nichts bewirkten, unter Umständen aber auch zu Fehlentwicklungen führten. In der sogenannten Angebotstheorie wurde dem Staat allerdings die Funktion zugestanden, für ausreichende Angebotsbedingungen zu sorgen.

Inzwischen liegen mit der Angebotspolitik Erfahrungen vor. Die

Grundannahme rationaler Erwartungen ist vielfältig empirisch überprüft und nicht bestätigt worden. Die Arbeitslosigkeit ist in vielen Ländern weiter gestiegen. Das Problem der Staatsverschuldung hat sich deutlich verschärft, weil die angebotspolitisch begründeten Steuersenkungen die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen konnten, nachdem sie in einen Steuersenkungswettbewerb ausgeartet waren. In vielen Ländern wurden Geldmengenziele eingeführt und häufig verfehlt. Nahezu alle Länder haben den Versuch, die Geldpolitik an Geldmengenzielen zu orientieren, wieder aufgegeben. Wirtschaftspolitisch hat sich Ratslosigkeit breitgemacht. Die Frage, ob es am Konzept oder an seiner falschen Anwendung lag, wird nun auch für die Angebotspolitik diskutiert.

Aus Erfahrungen lernen

In den Phasen keynesianischer und angebotspolitischer Wirtschaftspolitik sind Erfahrungen gesammelt worden, die es zu nutzen gilt:

- Wirtschaftspolitik braucht nicht nur richtige, sondern auch politisch durchsetzbare Konzepte.
- Angebot und Nachfrage gehören im Wirtschaftsprozeß zusammen. Es ist nicht sinnvoll, Angebots- und Nachfragepolitik gegeneinander auszuspielen.
- Die Kreislaufzusammenhänge gelten. Die Ausgaben des einen sind immer die Einnahmen des anderen. Entscheidend ist aber das Verhalten der Wirtschaftssubjekte und seine Änderungen.
- Die Politik ist mit konjunkturpolitischer Feinsteuerung überfordert.
- Die weltwirtschaftliche Verflechtung beeinträchtigt zunehmend

die Möglichkeiten nationaler Wirtschaftspolitik.

□ Bereits auf nationaler Ebene ist es schwierig, die Träger der Wirtschaftspolitik angemessen zu koordinieren.

□ Die wirtschaftliche Entwicklung ist weiterhin von Instabilitäten geprägt, möglicherweise mit zunehmender Tendenz.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen versagen sowohl einfache keynesianische als auch angebotspolitische Rezepte. Die Aufgabe, unsere Volkswirtschaften bei hoher Beschäftigung zu stabilisieren, bleibt aber. Die Wirtschaftspolitik kann sich ihr nicht entziehen. Was kann sie tun?

Verstetigung der Wirtschaftspolitik

Die Grundidee einer Wirtschaftspolitik, die aus einem aufgeklärten Keynesianismus abgeleitet werden kann, heißt Verstetigung. Sie enthält freilich auch Elemente eines aufgeklärten Monetarismus. Eine Wirtschaftspolitik, die auf Stetigkeit setzt, vermeidet es zunächst einmal, von sich aus Störungen in den Wirtschaftsprozess zu bringen. Wenn solche Störungen entstehen, trägt sie nicht dazu bei, diese zu verstärken. Gegen beide Regeln ist in den letzten Jahren immer wieder verstoßen worden.

Man kann dies an den verschiedenen Bereichen von Politik verdeutlichen. Die Finanzpolitik muß den politisch gewollten Ausgabenstrom mittelfristig definieren. Schockartige Ausgabenkürzungen haben wie plötzliche Ausgabenzunahmen destabilisierende Effekte. Konjunkturell bedingte Mindereinnahmen dürfen nicht zu entsprechenden Ausgabenkürzungen führen. Konjunkturell bedingte Mehreinnahmen dürfen nicht die Aus-

gaben erhöhen. Gegen die erste Regel wird zur Zeit verstoßen, gegen die zweite Regel ist während des Einheitsbooms verstoßen worden.

Selbstverständlich muß der Staat das Recht haben, seine Ausgaben zu variieren. Will er sie reduzieren, bedarf es aber einer mittelfristigen Konzeption, will man destabilisierende Wirkungen vermeiden.

Die Geldpolitik sollte sich am Ziel der Verstetigung der Geldmenge orientieren, wobei das beobachtbare Aggregat M3 immer weniger dem konzeptionellen Aggregat entspricht, das quantitätstheoretischen Betrachtungen zugrundeliegt. Dies bedeutet, daß die Zentralbank in ihrer Geldpolitik den Konjunkturverlauf berücksichtigen muß. Um die Stetigkeit der Geldversorgung zu sichern, muß sie in der Rezession, möglichst schon vor Beginn, die Zinsen niedrig halten, im Aufschwung muß sie sie erhöhen, um inflationäre Auswüchse zu begrenzen.

Besonders schwierig ist die Verstetigung in der Einkommenspolitik zu realisieren. Einzelwirtschaftlich besteht ja nur wenig Spielraum, um in einer Rezession die Lohnsteigerungsraten auf dem alten Niveau zu halten, was andererseits bei den Gewerkschaften die Meinung fördert, daß man sich dann im Aufschwung seinen Anteil holen müsse. Insofern wird sich eine stetige Lohnpolitik nur begrenzt durchsetzen lassen, und insofern ist es nötig, daß zumindest Geld- und Finanzpolitik sich konjunkturgerecht verhalten.

Außenpolitische Flankierung

Zu einer Konzeption der Verstetigung gehören freilich angesichts der intensiven weltwirtschaftlichen Verflechtung auch stabile Wech-

selkursrelationen. Hieran mangelt es heutzutage besonders. Durch Wechselkursfluktuationen, die von Anlegergesichtspunkten und nicht von Produzentenüberlegungen geprägt sind, können sich erhebliche Störungen im Wirtschaftsablauf ergeben. Die internationale Gemeinschaft steht daher vor der Aufgabe, ihren Beitrag zur Stabilisierung von Wechselkursbewegungen zu leisten. Innerhalb Europas kann dies durch die Europäische Währungsunion erreicht werden. Die Stabilisierung innerhalb großer Währungsblöcke wäre schon ein Fortschritt. Die Aufgabe, letztendlich auf Weltebene stabile Währungsbedingungen zu schaffen, muß aber auf der Agenda bleiben.

Eine derart verstetigte Wirtschaftspolitik auf nationaler Ebene kann international ausgehebelt werden, wenn die wirtschaftspolitischen Akteure in anderen Ländern eine ganz andere Politik verfolgen. Vor diesem Hintergrund ist zumindest eine Zentralisierung geldpolitischer Kompetenzen, wie sie in Europa vorgesehen ist, ein Fortschritt. Dessenungeachtet bleibt es eine Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, gemeinsam für mehr Stetigkeit in der Wirtschaftspolitik zu arbeiten.

Die Welt besteht nicht nur aus konjunkturellen Problemen. Die internationale Arbeitsteilung erfordert Strukturwandel, der eine Bereitschaft zum Wandel, zur Flexibilität erfordert. Diese kann man zwar nicht durch eine verstetigte Wirtschaftspolitik erreichen, allerdings wäre auch der Strukturwandel sehr viel leichter zu bewältigen, wenn es verlässliche ökonomische Rahmenbedingungen gäbe. Die Wirtschaftspolitik bleibt also gefordert wenn es darum geht, Beschäftigung bei Gewährleistung von Stabilität zu erhöhen.

Harald Scherf

Eine Rückbesinnung auf Keynes ist dringend erforderlich

Für den wirtschaftshistorisch und theoriegeschichtlich geschulten Beobachter erscheint die gegenwärtige wirtschaftspolitische Szene in der Bundesrepublik gespenstisch: 4 Mill. Arbeitslose mit Tendenz zu weiterer Zunahme und trotzdem allerseits (?) Anforderungen zu internen Einsparungen in den öffentlichen Haushalten, ressentimentgeladene Forderungen nach „Nullrunden“ in Tarifverhandlungen mit öffentlichen Angestellten; unverhohlene Appelle zu Senkungen von Beamtgehältern etc. War der Weg der Brüning'schen Notverordnungen nicht ein Weg in eine Verstärkung der Rezession, nicht der Weg in einen anderen Staat? Sind die Lehren von John Maynard Keynes ganz vergessen, oder falsch oder nur nicht verstanden worden?

Solche Fragen eröffnen ein sehr weites Feld wirtschaftstheoretischer Probleme und wirtschaftspolitischer Weichenstellungen, unmöglich sie auf dem kurzen hier verfügbaren Raum erschöpfend zu beantworten. Und doch scheinen zumindestens Hinweise auf den großen englischen Ökonomen angebracht und eine neue Diskussion in der Bundesrepublik notwendig. Die Voraussetzungen dazu sind nicht günstig: Zögerliche Befürworter einer neuen Ausrichtung der deutschen Wirtschaftspolitik an Zielen und Mitteln des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes werden in den Sog einer Diskussion um die „notwendigen Reparaturen des Sozialstaats“ hineingezogen, für die offenbar gerade die konjunkturelle Schwäche

der öffentlichen Haushalte die Chance bietet. Dabei ist doch zumindestens für jeden Wirtschaftstheoretiker deutlich, daß die Veränderungen der deutschen demographischen Struktur mit zunehmenden Anteilen alter Menschen, allmähliche Anpassungen der sozialstaatlichen Regelungen erfordern, die von konjunkturellen Steuerungsproblemen im Prinzip ganz verschieden sind.

Europäische „Denkzwänge“

Wir sind übrigens im Begriff, auf dem Gebiet der internationalen Geldpolitik einem ähnlichen dogmatischen „Denkzwang“ zu unterliegen: Als müsse ein Befürworter einer europäischen Währungsunion auch notwendig ein Vorkämpfer für Maastrichter „Konvergenzkriterien“ und ihrer Einhaltung sein, auch wenn diese erkennbar weder notwendig noch hinreichend für die „Stabilität“ (worunter unter dogmatischer Verengung der Probleme dieser Währungsunion dann konstante Kaufkraft der neuen Währung verstanden wird) der Währungsunion sind. Muß man denn wirklich darauf hinweisen, daß der krampfhafteste Versuch zur Einhaltung der Konvergenzkriterien die beitrittswilligen Volkswirtschaften fast ausnahmslos mit massiven Deflationsfolgen konfrontieren wird? 1925 hatte Keynes eindringlich vor den „Economic Consequences of Mr. Churchill“ gewarnt, vor den Beschäftigungsverlusten einer Rückkehr Englands in den Goldstandard mit den alten (Vorkriegs-) Paritäten. Dies ist nicht nur eine einschlägige Parallele, son-

dern der notwendige Hinweis auf die wichtigste Eigenschaft der keynesschen Politikberatung: Er war nie dogmatisch fixiert, sondern fühlte sich frei und immer herausgefordert, neu, d.h. unvoreingenommen eine wirtschaftliche Situation unabhängig vom Zeitgeist zu beurteilen – an dieser Eigenschaft hat es in den letzten 20 Jahren in Deutschland am meisten gefehlt.

Die Folge hiervon ist unter anderem die Verkrampfung der deutschen internationalen Wirtschaftspolitik, die für ausländische Beobachter ihr wesentliches Charakteristikum ist, aber ebenso auffällig die Erstarrung in sogenannten Besitzständen, vorgeführt täglich von den Sozialpolitikern in Gewerkschaft, Kirchen und allen Parteien, auch dann, wenn dieser „Besitz“ schon lange die Voraussetzungen verloren hat. Wie souverän wußte Keynes dagegen mit dem Generationenvertrag zwischen Rentnern und den arbeitenden Menschen, zwischen Erblässern, Erben und der wirtschaftlich aktiven Generation umzugehen. Haben wir vergessen, daß Keynes in den Erben die eigentliche Schwäche des Kapitalismus erkannt hatte mit der Folgerung, die Schatten der Vergangenheit nicht allzu mächtig werden zu lassen, der Gegenwart gegenüber den Ansprüchen der Vergangenheit aus Vermögen und Verträgen hinreichende Gestaltungsfreiheit zu verschaffen?

Es muß gestattet sein, die bundesrepublikanische Diskussion noch auf eine weitere Basiskenntnis von Keynes hinzuweisen:

die Wirkungen von Lohnerhöhungen und Lohnsenkungen sind nicht symmetrisch! Genügt ein Beispiel? Nach den massiven Lohnerhöhungen in den neuen Ländern kehrt man durch Lohnsenkungen nicht zu früheren Bedingungen zurück. Ebenso wichtig: Es ist wie zu Keynes' Zeiten nach wie vor falsch, daß Lohnerhöhungen die Kaufkraft schaffen, die Beschäftigung zu erhöhen oder zu stabilisieren, die von ihr erfaßt werden, weil diese „Kaufkraft“ niemals ausreicht, das durch die Löhne geschaffene zusätzliche Sozialprodukt nachzufragen; $Y = C + I$, es kommt auf die zusätzlichen Investitionen an (deshalb dürfen die öffentlichen Bediensteten eben nie den Lohnführer machen!).

Die „monetäre Theorie der Produktion“, das A und O der keynesischen Beschäftigungstheorie, weiß

folgerichtig, daß die effektive Gesamtnachfrage über die Beschäftigung entscheidet, die Geldlöhne bestimmen nur die korrelierende Zahl der Beschäftigten, sie sind nicht die unabhängige Variable, wie die Neoklassik (im Gleichgewicht) glaubte: Deshalb ist auch die Lieblingsidee von deutschen Beratern der Wirtschaftspolitik im Sachverständigenrat und bei der Deutschen Bundesbank, der Lohnpolitik die alleinige Verantwortung für die Beschäftigung zuzuweisen und die Geldpolitik allein für die Preisstabilität in die Pflicht zu nehmen, so falsch wie zu Keynes' Zeiten. Wieder hören sich die Argumentationsketten an wie eine Einladung zur Deflation. Leontieff hat zu Recht auf die Parallele hingewiesen: Die Pferde könnten auf ihren „Haferlohn“ völlig verzichten und kehrten doch auf ihre früheren Arbeitsplätze auf den Feldern nicht zurück!

Notwendige Rückbesinnung auf Keynes

Man kommt um das Urteil nicht herum: Die deutsche Standortdebatte geschieht auf fragwürdigen theoretischen Fundamenten. Der Blick auf Keynes könnte zu den notwendigen Besinnungen führen. Einsparungen in den Staatshaushalten wirken nicht nur auf eine Seite der Bilanz wie im Privathaushalt, sondern auch auf das Sozialprodukt, am Ende auf die „Steuerkuh“!

Die Devise heißt „Zurückbesinnung auf das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz“, Mittel und Ziele sind noch und wieder aktuell. Aber die internationale Aushöhlung von Arrangements, besonders die einer konzertierten Aktion darf nicht als Schicksal hingenommen werden. Geldpolitik hat auch Verantwortung für Wechselkursstabilität, muß auch der Beschäf-

Monopolkommission

Sondergutachten 24

Die Telekommunikation im Wettbewerb

Sondergutachten der Monopolkommission gemäß § 24 b Abs. 5 Satz 4 GWB

Die Monopolkommission äußert sich in ihrem Sondergutachten zu dem Anfang 1996 im Entwurf vorliegenden Telekommunikationsgesetz.

Sie bewertet das Gesetz in seiner ordnungspolitischen Grundausrichtung als positiv, da es durch die vorgesehenen Regelungen zur Lizenzierung von Kommunikationsdiensten, zur Vergabe zutrittsrelevanter knapper Ressourcen und zur Netzzusammenschaltung geeignet ist, den erwünschten Wettbewerb zu ermöglichen. Für bedenklich hält die Kommission hingegen die Konzepte zur Universaldienst- und Entgeltregulierung. Eine Fehlentwicklung droht darüber hinaus bei der Organisation der Regulierung. Dieser im Zusammenhang mit einer wettbewerblichen Entwicklung der Telekommunikation besonders gewichtigen institutionellen Frage kommt überragende Bedeutung zu. Sämtliche Kriterien einer Abwägung nach Zweckmäßigkeit, rechtlicher Zulässigkeit und Kompatibilität der Regelung mit der Marktordnung sprechen nach Auffassung der Monopolkommission für ein erweitertes Bundeskartellamt als einheitliche Aufsichtsbehörde.

1996, 36 S., Rückendrahtheftung, 18,- DM, 133,50 öS, 16,50 sFr, ISBN 3-7890-4258-7
(Monopolkommission – Sondergutachten, Bd. 24)



NOMOS Verlagsgesellschaft · 76520 Baden-Baden



tigungsstabilisierung dienstbar sein. Die Tarifautonomie ist ebenso keine heilige Kuh, sondern in die Pflicht einer konzertierten Aktion zu nehmen. Wirtschaftspolitik hat Daueraufgaben, ist kein Platz für Sonntagsreden, sondern muß ein orientierendes „blue print“ für die Wirtschaft vorgeben. Wo war die deutsche Wirtschaftspolitik in den Jahren seit der Wende?

Die ursprüngliche Erkenntnis, daß man bei den Bedingungen von 1989 zur Finanzierung der notwendigen Investitionen im Osten keine Steuererhöhungen brauchte, weil die Kapazitätsreserven in Westdeutschland größer waren als weithin, besonders im westlichen Ausland, angenommen worden war, hat man unter dem Druck fragwürdiger öffentlicher Diskussionen in „Solidaritätszuschläge“ münden lassen und dazu völlig unnötige Zinserhöhungen geduldet – mit dem Ergebnis von Aufwertungen und der Kappung des Konjunkturaufschwungs; dazu die schweigende Ermunterung zu völlig unangebrachten und unnötigen starken Lohnsteigerungen im Westen und korrelierenden, über-

proportionalen Lohnerhöhungen in den neuen Ländern, deren Beschäftigungsfolgen jedem angehenden Volkswirt durchsichtig waren; ebenso konträr zum Stabilitätsgesetz der Einwirkungsversuch der Bundesbank mit Hochzinspolitik und Kreditverknappung zur Bekämpfung der exzessiven Lohnpolitik nach 1993 mit der Folge weiterer starker Beschäftigungseinbrüche in West- und Ostdeutschland.

Wann wird die Wirtschaftspolitik von Keynes lernen, daß wir keinen Geldmengenstandard, sondern einen Lohnstandard haben, daß also das Preis- vom Lohnniveau abhängt und starke Wechselkursschwankungen nicht nur investitionshemmend sind, sondern auch Produktionskapazitäten obsolet machen.

„Die Mär von den rationalen Erwartungen“

Die Mär von den rationalen Erwartungen hat offenbar viele Verantwortliche in Politik und Politikberatung zu der aberwitzigen Idee verführt, daß Menschen wirkliche rationale Erwartungen haben können, also z.B. ihr Lebensinkom-

men wie ihre Lebenszeit richtig antizipieren können. Wieviel vorsichtiger und realitätsnäher war Keynes mit dem Hinweis auf die konventionelle Natur der Erwartungen, den abrupten gerüchteabhängigen Änderungen der Stimmungen und ihren Folgen für Kurse, Zinsen, Investitionen. Für einen Ökonomen muß die traurige Rolle seiner Wissenschaft in der Wiedervereinigungsperiode, die fragwürdige Politikberatung schmerzvoll und eine Warnung sein. Schon die Keynesianer der sechziger Jahre in den USA, aber auch in der alten Bundesrepublik, haben Keynes' Warnungen in den Wind geschlagen und falsche Hoffnungen von Feinabstimmung und Globalsteuerung „nach Maß“ erzeugt.

Die monetaristisch-angebotsorientierte Wende hat diese Überhebung über die vorhandenen Kenntnisse noch überboten und in ihrer Politikberatung und Fehlsteuerung zu dem heutigen Pessimismus wesentlich beigetragen. Die Rückbesinnung auf Keynes'sche Tugenden könnte zu einer neuen Orientierung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik führen.

Christian Watrin

Keynes' Sozialphilosophie und ihre wirtschaftspolitischen Implikationen

Aus heutiger Sicht sind wenig Zweifel angebracht, daß auch in den künftigen Dogmen- und Wirtschaftsgeschichten des 20. Jahrhunderts John Maynard Keynes (1883-1946) eine hervorgehobene Position einnehmen wird. Auch fünfzig Jahre nach seinem Tod ist

sein Name eine Orientierungsmarke für große theoretische Debatten und wirtschaftspolitische Diskussionen unseres Jahrhunderts. Im Bereich der Makroökonomie zählt Keynes und der mit ihm verbundene Theorieansatz

zum Rüstzeug jedes Volkswirts, selbst wenn starke Zweifel angemeldet werden, ob Keynes ein Keynesianer war (T. W. Hutchinson). Und auch wenn es den Anschein hat, daß selbst Praktiker der Wirtschaftspolitik seinen Vorschlägen zum „deficit spending“

mittlerweile abgeschworen haben, so sind doch die drückenden Arbeitslosenzahlen in den westeuropäischen Ländern nach wie vor eine Versuchung, aus politischen Gründen auch dann zu keynesianischen Beschäftigungsprogrammen Zuflucht zu nehmen, wenn die strikten Voraussetzungen einer keynesianischen Unterbeschäftigung nicht erfüllt sind.

In der Retrospektive werden allerdings die Grenzen und Ausgangspunkte des keynesschen Denkens heute stärker sichtbar als noch vor wenigen Jahrzehnten. Hayek¹, mit dem Keynes trotz dessen Ablehnung seiner „General Theory“ freundschaftlich verbunden war, beschreibt den Autor der General Theory als einen mit höchsten Geisteskräften ausgestatteten Menschen, der nach Begabung und Temperament mehr ein Künstler und Politiker als ein Gelehrter und Forscher gewesen sei.

Dies wird einmal unterstrichen durch Keynes' Lebensweg, zum anderen aber auch daran deutlich, daß sein bedeutendstes Werk, das ganze Bibliotheken unterstützender und kritisierender Literatur hat entstehen lassen, eher ein großer Essay als ein bis in letzte Verästelungen durchkomponiertes magnum opus ist. Damit mag zusammenhängen, daß der Autor seine sozialphilosophischen Grundlagen im letzten Kapitel des Werkes nur mit leichter Hand und ohne Verweise auf ältere Publikationen skizziert. Das hat mög-

licherweise in der Rezeptionsgeschichte dazu geführt, daß der Bruch, den Keynes in seiner General Theory mit seinen älteren klassischen Ansichten vollzieht, auch auf seine „Sozialphilosophie“ übertragen wurde, obwohl hier - wie Minsky² treffend bemerkt - die Kontinuität ungebrochen ist.

„Gemäßigt wohlfahrtsstaatlich“

Die sozialphilosophischen Beiträge finden sich in den „Essays in Persuasion“. Es handelt sich um kleinere, auf die jeweilige historische Situation zielende Arbeiten, in denen Keynes seinen Standort in der großen Debatte zwischen „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ als ein Autor sucht, der sich der liberalen Partei Großbritanniens verbunden fühlt.

Auf der einen Seite ist er bereit, durchaus die Vorteile eines sich selbststeuernden Marktsystems unter der Prämisse der Vollbeschäftigung anzuerkennen und zu schätzen. Auf der anderen Seite plädiert er jedoch für eine Politik, die, von späteren Positionen aus gesehen, eher als gemäßigt wohlfahrtsstaatlich zu bezeichnen ist.

In einer Rede, die ursprünglich vor der liberalen Sommerschule in Cambridge 1925 gehalten wurde, liefert er unter dem Titel „Am I a Liberal?“ eine Interpretation der ökonomischen Knappheitskonzeption, die gleichzeitig für das Verständnis der politischen Botschaft seiner General Theory von großer Bedeutung ist.

Im Anschluß an Commons, der seinerseits unter dem Einfluß der Stufentheorie der deutschen historischen Schule steht, unterscheidet er zwischen drei Zeitaltern der Menschheitsentwicklung: dem Zeitalter der Knappheit, der Fülle

und des Gleichgewichts. Das erste beschreibt den jahrtausendelangen „Normalzustand“ der Welt bis zum 15. und 16. Jahrhundert, in dem mit einigen Ausnahmen bei minimalen Freiheitsrechten ein Höchstmaß an Kontrolle durch die jeweils Herrschenden bestand. Die zweite Periode, das Zeitalter der Fülle, umfaßt den Kampf um die Zählung der königlichen Herrschaft, das Aufkommen der Freiheitsbewegungen und im 19. Jahrhundert das Einmünden der Entwicklung in den Sieg des Laissez-faire und des geschichtlichen Liberalismus.

In den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts aber tritt nach Keynes' Meinung im Zeitalter des Gleichgewichts ein entscheidender Wandel ein: der Übergang vom Laissez-faire zu einer Ordnung, die bewußt auf eine Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen Kräfte im Sinne gesellschaftlicher Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Gleichgewichts ausgerichtet ist.

Diesen Umbruch beschreibt er unter anderem in seiner berühmten Berliner Rede im Juni 1926, die den Titel „The End of laissez-faire“ trägt. Es handelt sich nicht um einen Durchbruch in eine schöne neue Welt sozialistischer Provenienz, sondern wie Keynes betont, um einen Übergang mit ungeheuren Schwierigkeiten sowohl technischer als auch politischer Natur. Von hier aus gesehen ist seine General Theory die Grundlage für einen Neuen Liberalismus. In der neuen Phase der Menschheitsgeschichte aber soll sowohl Abstand gewonnen werden vom Sozialismus der Labour-Partei als auch vom Laissez-faire-Kapitalismus, wie er sich bei den „Die-hards“ der Konservativen herausgebildet hatte.

¹ Vgl. F. A. v. Hayek: Persönliche Erinnerungen an Keynes und die „Keynesische Revolution“, in: Freiburger Studien, Gesammelte Aufsätze von Friedrich August von Hayek, Tübingen 1969, S. 94.

² Vgl. H. P. Minsky: John Maynard Keynes, Columbia University Press 1975, S. 144.

Keynes ist also nicht nur Verfechter einer aktiven Stabilisierungspolitik, die dem Staat Pflichten zuweist, die in der klassischen Tradition nicht zu den Aufgaben der Wirtschaftspolitik gehörten. Er versteht sich vielmehr auch als Gesellschaftsreformer. Es geht ihm also nicht nur, wie es mitunter in Lehrbüchern dargestellt wird, um eine Steuerung des Wirtschaftsprozesses derart, daß eine Kombination von unsichtbarer Hand des Marktes auf der einen und sichtbarer Hand des Staates auf der anderen Seite angestrebt wird, oder wie es Karl Schiller plastisch formulierte um eine Synthese von „Freiburger Imperativ“ und „Keynesscher Botschaft“. Vielmehr strebt Keynes darüber hinausgehend eine im Vergleich zu den damals erörterten Alternativen andere Wirtschaftsordnung an – wenn man so will, einen dritten Weg.

Vom Ende der keynesschen Ära

Zäsuren im Strom der Geschichte sind Marken, die – von Menschenhand gesetzt – manchmal tatsächliche, manchmal bloß vermeintliche Wandlungen beschreiben. Schon vor zwanzig Jahren glaubten Skidelsky und andere vom Ende der keynesschen Ära, besonders ihrer politischen Ökonomie³, sprechen zu können. Soweit damit die keynessianisch inspirierte Beschäftigungspolitik gemeint ist, kann man diesem Diktum zustimmen. Keynes' Sorge vor einem Unterbeschäfti-

gungsgleichgewicht, aber auch seine Gegnerschaft gegen Inflation führten zur Interpretation seiner Lehre als einer Art „Ballontheorie“, in der die staatliche Aufgabe darin besteht, durch Steuerung der Gesamtnachfrage zwischen der Scylla der Unterbeschäftigung und der Charybdis der Inflation hindurchzusteuern.

In der wirtschaftspolitischen Praxis führte diese Politik jedoch zur schleichenden Inflation und wachsenden Staatsverschuldung. Zwar war es für die Fiskalpolitik leicht, zusätzliche Nachfrage und Haushaltsdefizite zustandezubringen, aber sie versagte regelmäßig politisch bei der Bildung der erforderlichen Überschüsse und dem Abbau der Verschuldung im Boom. Keynes' idealistische Vorstellung, daß eine kleine Gruppe nur dem Gemeinwohl verpflichteter Sachkundiger die Stabilisierungspolitik handhaben und überdies die Investitionen steuern würde, erwies sich, wie vor allem die Public-choice-Schule herausarbeitete, als verfehlt und mit den Funktionsregeln einer Mehrheitsdemokratie schwer vereinbar.

Versteht man jedoch im Gegensatz zu diesem Versagen die keynessche Botschaft als Aufforderung zu staatlicher Konjunkturpolitik und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, so gebührt ihr ein besonderer Rang. Sie muß ihn sich allerdings teilen mit älteren Autoren wie W. Röpke und A. Müller-Armack, die vor Keynes hierzu dezidierte Vorstellungen entwickelten. Gleichzeitig läßt sich argumentieren, daß die keynessche Empfehlung des „deficit spending“ im Konjunkturabschwung in der Lehre von den konjunkturell bedingten und zu tolerierenden öffentlichen Defiziten überlebt hat. Aber viele Instrumente zur Arbeits-

losigkeitbekämpfung basieren mittlerweile wieder zu erheblichen Teilen auf klassischen Ansichten über den Wettbewerb und seine Funktionsweise.

„Erlösung aus der Armut“

Als Lehre von der Konjunktursteuerung hätte der keynessche Beitrag nicht jene Begeisterung und Zustimmung erfahren können, der ihm in den vierziger und fünfziger Jahren widerfuhr. Dillard⁴ weist zu Recht darauf hin, daß die eigentliche Schwungkraft der „keynesianischen Revolution“ in der Ankündigung liegt, daß eine langfristige erfolgreiche Vollbeschäftigungspolitik die Lösung des ökonomischen Problems der Menschheit bringen werde. Keynes' optimistischer Essay über „Economic Possibilities for Our Grandchildren“ (1930), der mitten in der Weltwirtschaftskrise veröffentlicht wurde, enthält eine berauschende Zukunftsvision. Zwar wird dieser Beitrag mitunter als eine geistreiche Spekulation im Stile einer frühen Futurologie abgetan. Bei näherer Prüfung ist er jedoch ein Schlüssel zum Verständnis der ordnungspolitischen Position des Autors.

Unter vier Bedingungen, der Kontrolle der Bevölkerungsentwicklung, der Vermeidung von Kriegen und Bürgerkriegen, der freien Entfaltung der Wissenschaft und weiterer Kapitalakkumulation, sei – so Keynes – von ihm aus gesehen in etwa hundert Jahren eine vier- bis achtfache Vermehrung des Volkswohlstandes möglich, so daß eine „affluent society“, eine Überflußgesellschaft, entstehen könne. Diese Vision des künftigen Überflusses spiegelt sich, wie Dillard⁵ schreibt, in allen Begriffen und Argumentationen der General Theory wider und kommt

³ Vgl. R. S. A. Skidelsky (Hrsg.): The End of The Keynesian Era. Essays on the disintegration of the Keynesian political economy, New York 1977.

⁴ Vgl. D. Dillard: Der Einfluß der Keynesschen Theorie auf das zeitgenössische Denken, in: A. Montaner (Hrsg.): Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Köln, Berlin 1967, S. 238.

⁵ Vgl. ebenda.

am stärksten zum Ausdruck im Begriff der effektiven Nachfrage, der für „Keynes gleichbedeutend mit der Erlösung aus der Armut war“.

In der Tat ist der Abbau der auch heute noch weltweit vorhandenen Armut ein Ziel, das nicht nur die Liberalen des 19. Jahrhunderts als erstrebenswert ansahen, sondern daß auch allen modernen Wirtschaftslehren zugrunde liegt, die sich mit den älteren Methoden der Armenpflege auseinandersetzen. Im aufstrebenden Kapitalismus gelang es erstmals, wenn auch in Abhängigkeit von Konjunkturen und Krisen, die Bettlerheere des ausgehenden Mittelalters abzubauen. Und im viel geschmähten 19. Jahrhundert stieg erstmals bei schneller Bevölkerungsvermehrung der Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten. Die Botschaft, daß es im Rahmen eines neuen, von einem der besten Ökonomen der Zeit entwickelten Systems zu permanenter Prosperität kommen und so das „Paradox der Armut“ beseitigt werden könnte, mußte daher starken Widerhall finden. Sie mußte besonders für jene Anhänger Keynes' außerordentlich motivierend wirken, die sich der säkularen Ethik ihrer Zeit (in Opposition zum viktorianischen Moralismus) verpflichtet fühlten.

Die Gleichsetzung von Armut und Knappheit ist jedoch die Achillesferse des keynesschen Entwurfs einer neuen Wirtschaftsgesellschaft. Zwar ist es sehr wohl denkbar und in den wohlhabenden Ländern unserer Zeit auch der Fall, daß Armut im Sinne eines Lebens am Rande des physischen Existenzminimums weitgehend verschwindet; das bedeutet jedoch noch längst nicht, daß auch nach Jahrzehnten hoher

Prosperität das Knappheitsproblem inexistent wird.

Überwindung der Knappheit?

„Knappheit“ bezeichnet die Relation zwischen den Mitteln zur Bedürfnisbefriedigung und den Bedürfnissen. Daß letztere ständig größer sind als die vorhandenen Ressourcen, muß keineswegs auf irgendeine mediokre „Unersättlichkeit“ zurückzuführen sein, sondern kann durchaus Ausfluß neuer Probleme und Wahrnehmungen sein. So stellen der Wunsch nach einer höheren Umweltqualität und einer „nachhaltigen Entwicklung“ in der Gegenwart gigantische Ansprüche an die vorhandenen Ressourcen und deren Verwendung. Von einer baldigen Lösung des ökonomischen Problems der Menschheit kann daher, selbst wenn es gelänge, die vier keynesschen Bedingungen zu erfüllen, keine Rede sein.

Damit ist nicht nur der Optimismus der keynesschen Botschaft in Frage gestellt, sondern auch die Ableitung einer seiner zentralen Ideen, nämlich das Erreichen eines Zustands, in dem die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals auf Null sinkt, das Verschwinden von Zins sowie Zinseinkommen und das Herausbilden einer gerechteren Einkommensverteilung. Im Schlußkapitel seiner *General Theory* spricht Keynes vom „sanften Tod des Rentiers“ (nicht des Rentners, wie es in der schlechten deutschen Übersetzung heißt), also desjenigen, der, wie es eine Zeitlang im keynessianisch beeinflussten britischen Steuerrecht hieß, ein „unearned income“ bezieht und mit der Betätigung der Kouponschere einen oft gut bemessenen Lebensunterhalt bezieht. Wenn aber Zins

und Zinseinkommen deswegen weiter bestehen, weil individuelle und kollektive Bedürfnisse nicht mit den vorhandenen Ressourcen bis zur Sättigungsmenge befriedigt werden können, dann zerfällt damit auch die Hoffnung, daß bei langfristiger Prosperität und der „Euthanasie des Rentiers“ Einkommen nur noch Arbeitseinkommen ist. Das schließt bei Keynes übrigens nicht aus, daß sich die Arbeitseinkommen in Abhängigkeit von der Leistung bilden, also Einkommensdifferenzen entstehen.

Kapital aber wird auch in einer Welt dauernder Prosperität, solange es alternative Verwendungsmöglichkeiten gibt, nachgefragt und verzinst. Es kann nur über freiwilligen und erzwungenen Konsumverzicht entstehen. Mit zunehmenden Anlagemöglichkeiten wird es eher knapper als reichlicher vorhanden sein. Weltweite Vollbeschäftigung aber ist ein nach wie vor weit entfernter Zustand. Selbst wenn er je eintritt, werden bei steigender Kapitalintensität der Produktion auch künftige Generationen auf das Zeitalter des vermeintlichen Kapitalüberflusses warten müssen. Und solange Menschen Gegenwartsgüter höher einschätzen als Zukunftsgüter, wird sich daran nichts ändern.

Keynes' Sympathien für eine Art marktsozialistischer Wirtschaft, in der die sogenannten Kapitalisten überflüssig werden, in der die Marktcoordination durch staatliche Lenkung ergänzt wird und in der bei Fortfall der Kapitaleinkommen die gesellschaftlichen Beziehungen gerechter werden sollen, ist nicht gut begründet. Sein Entwurf läßt sich nicht als ein System in sich konsistenter Regeln für eine bessere Wirtschaftsordnung bezeichnen.